



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Christine Kamm, Ulrich Leiner, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Integration ist eine Daueraufgabe – Lehrerinnen und Lehrern für Deutsch als Zweitsprache sichere Arbeit geben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend und nachhaltig die prekären Arbeitsbedingungen der Deutsch als Zweitsprache-Lehrkräfte (DaZ) zu beenden.

Folgende Forderungen sind dabei umzusetzen:

- Lehrkräfte erhalten Mehrjahresverträge mit der Perspektive auf Festanstellung oder bevorzugte Behandlung bei der Vergabe von Planstellen.
- Bezahlung der Lehrkräfte wie im öffentlichen Dienst und Ankoppelung an dessen Tarifentwicklung.
- Gewährung eines Mindesthonorars und einer Mindeststundengarantie. Darin enthalten müssen anteilige Zahlungen für die Renten und Krankenversicherung sowie für Urlaub sein. Auch im Krankheitsfall ist die Bezahlung zu entrichten.

### **Begründung:**

Wir müssen das bayerische Schulwesen fit machen für die Einwanderungsgesellschaft, die längst Wirklichkeit ist. Die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen, die in Bayern Schutz suchen, ist eine Daueraufgabe für viele Jahre. Darauf müssen wir uns einstellen. Das Erlernen der deutschen Sprache und das Kennenlernen politischer Grundstrukturen sind elementare Voraussetzung für Integration. So ist derzeit Deutsch als Zweitsprache eine Zusatzqualifikation die stark nachgefragt ist. Derzeit werden tausende Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache gebraucht. Denn jahrelang wurde sich kaum um Lehrerinnen und Lehrer für Deutsch als Zweitsprache gekümmert. Gerade Deutsch galt als Fach, wo es viele Lehrkräfte gab, aber kaum Stellen.

Hinzu kommt, dass die Arbeitsbedingungen für viele Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (Daz) schlecht sind. Viele DaZ-Lehrkräfte arbeiten unfreiwillig als Selbständige in den Schulen und Bildungseinrichtungen oder auf der Basis eines Kurzzeitangestelltenvertrags. Gerade Honorarlehrkräfte bekommen eine skandalös niedrige Bezahlung, haben einen ungesicherten Status und ihnen fehlt die soziale Absicherung.

Wir finden: Dieser unhaltbare Zustand muss endlich verändert werden. Vom staatlichen Auftraggeber ist zu erwarten, dass diese Lehrkräfte angemessen bezahlt werden und sozial abgesichert sind. Ein staatliches Angebot muss durch faire Arbeitsbedingungen gekennzeichnet sein. In Anbetracht des Bedarfs müssen dringend die Konditionen verändert werden.